

Anästhesisten protestieren in Frankfurt gegen die Gesundheitsreform – Frankfurter Erklärung einstimmig verabschiedet –

Knapp 300 niedergelassene Anästhesistinnen und Anästhesisten haben auf einer vom BDA einberufenen Bundesversammlung am 11. November 2006 in Frankfurt/M in scharfer Form gegen Staatsdirigismus und Honorarkürzungen protestiert. Es wurde eine Reihe von Aktionen beraten und beschlossen, die in den nächsten Wochen schrittweise zu einer Eskalation des Protestes führen werden.

Die Kernaussagen dieser beeindruckenden Protestaktion wurden in einer einstimmig verabschiedeten Resolution („Frankfurter Erklärung“) zusammengefasst. Das Protestschreiben an die KV-Vorsitzenden mit der Aufforderung zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung und Einhaltung der Vorschriften des SGB V, insbesondere aus § 72 (angemessene Vergütung ärztlicher Leistungen) (siehe unten) wurde ebenfalls einstimmig beschlossen.

Frankfurter Erklärung 2006*

Die sogenannte Gesundheitsreform führt zu einer staatlich gelenkten Medizin, verbunden mit der Gefahr einer weiteren Verknappung der humanen und apparativen Ressourcen im ambulanten und stationären Bereich. Wegfall der freien Arztwahl und lange Wartezeiten für Patientinnen und Patienten sind die Folge.

Die anhaltende Budgetierung der ärztlichen Honorare auf nicht kostendeckendem (prekären) Niveau wird die fachärztliche Versorgung durch niedergelassene Anästhesisten und damit das ambulante Operieren in freier Praxis, aber auch die stationäre Versorgung massiv gefährden.

Trotz der nachgewiesenen enormen Einsparmöglichkeiten durch das ambulante Operieren werden Tageskliniken zerschlagen und in die Insolvenz getrieben. Eine leistungsfähige, humane und wirtschaftlich sinnvolle ambulante Patientenversorgung bleibt auf der Strecke. Der betreuungsaufwändigen, fachübergreifenden Versorgung von Schmerzpatienten droht – trotz aller Beteuerungen der Politik – das Aus. Immer mehr gut und kostspielig ausgebildete Ärzte verlassen Deutschland. Unsere Patienten zahlen dafür die Zeche.

Ein dem demographischen Wandel und medizinischen Fortschritt angepasstes Gesundheitssystem erfordert die entsprechenden finanziellen Mittel und deren verantwortungsvollen Einsatz. Die Politik darf sich dieser Erkenntnis nicht verschließen und muss endlich im Interesse der Patienten und Leistungserbringer handeln.

Wir fordern:

- den Erhalt einer patientengerechten, wohnortnahen und wirtschaftlichen Versorgung unserer Patienten
- eine unserer Leistung, der Qualität und der technischen Ausstattung unserer Praxen und OP-Zentren entsprechende sachgerechte und transparente, vorkalkulierbare Vergütung in Euro
- ein Ende der Budgetierung im ambulanten und stationären Bereich
- Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben des Sicherstellungsauftrages durch angemessene Vergütung (§ 72 SGB V)
- die Umsetzung des Grundsatzes „soviel ambulant wie möglich, soviel stationär wie nötig“
- den Erhalt zeitgemäßer schmerzausschaltender Behandlungsmethoden bei unseren kleinen sowie erwachsenen Patienten
- effiziente, entbürokratisierte Strukturen der Verwaltung und Selbstverwaltung im Gesundheitswesen
- den Erhalt der privaten Krankenversicherung.

Den Aktionen unserer Partner gegen die „Gesundheitsreform“ schließen wir uns solidarisch an. Die Frage des Systemausstiegs mit entsprechenden Alternativen muss von den Betroffenen bundesweit diskutiert und entschieden werden.

Es geht der Ärzteschaft nicht um Pfründe und Privilegien, sondern um den Erhalt und Ausbau von Rahmenbedingungen, die eine humane, zeitgemäße und leistungsfähige Patientenversorgung erlauben!

* Verabschiedet von der vom Berufsverband Deutscher Anästhesisten e.V. (BDA) einberufenen Bundesversammlung der niedergelassenen Anästhesisten am 11. November 2006 in Frankfurt/Main. ■